

Lehrerstreik an Mittel- und Oberschulen sowie an den Universitäten

Seit dem 10. Oktober 2007 streiken die LehrerInnen (ca. 40 000) an den meisten öffentlichen Mittel- und Oberschulen in Israel, was bedeutet, dass mehr als eine halbe Million SchülerInnen keinen Schulunterricht haben. Es ist durchaus denkbar, dass das Erziehungsministerium sich um eine schnellere Lösung bemüht würde, wenn es sich um einen Streik im Kindergarten und Grundschulbereich handelte. Aber etwas ältere SchülerInnen benötigen nicht unbedingt Babysitter, und somit ist der öffentliche Druck relativ gering, obwohl sich die streikenden LehrerInnen unterschützt durch SchülerInnen und Eltern mit zahlreichen Aktionen (Protestzelt in Jerusalem, Demonstrationen an vielen Orten des Landes, eine Grossdemo in Tel Aviv) um eine Mobilisierung der Öffentlichkeit bemühen.

Der gegenwärtige Streik ist lediglich ein **Höhepunkt in einer viel weiteren Krise des Erziehungs- und Bildungssystems in Israel**, die in vieler Hinsicht einer langen Phase der Kürzungen von Haushaltsmitteln zugeschrieben werden kann. Nachdem unter der Rabin Regierung (1993) das Erziehungsbudget erheblich erweitert worden war, erfolgten in den darauf folgenden Jahren drastische Kürzungen, die drohen das gesamte öffentliche Schulsystem zu unterminieren. Auch trägt die **Verschlechterung der allgemeinen sozio-ökonomischen Situation** zur Verschärfung dieser Entwicklung bei. Nach dem Mitte November 2007 veröffentlichte Bericht der Nationalversicherung für das Jahr 2006 ist die Armut zwar leicht im Vergleich zum Vorjahr zurückgegangen, aber es leben immer noch 404 000 Familien, d.h. 20 Prozent aller Familien unterhalb der Armutsgrenze. Dies sind 1,65 Millionen Menschen, d.h. 24,5 Prozent der Bevölkerung. Dabei ist die Zahl der Kinder, die unter der Armutsgrenze leben, im Vergleich zum Vorjahr noch gestiegen. 2006 lebten 766 000 Kinder (d.h. 35,8 Prozent aller Kinder) in Armut.¹ Diese Situation mag erklären, warum sich eine wachsende Zahl von Eltern entschliesst, ihre Kinder in nicht-öffentliche, **religiöse Schulen** zu schicken.² Die Wahl beruht häufig nicht auf dem Inhalt oder der Qualität des Unterrichts, sondern darauf, dass es sich dabei um Ganztags-schulen handelt, in denen die Kinder ein warmes Mittagessen bekommen, und mit Bussen zur Schule und wieder nach Hause gebracht werden.³

Solche Vorteile bieten die öffentlichen Schulen kaum. Die frühere Erziehungsministerin Limor Livnat begnügte sich während ihrer Amtszeit (2001-2006) weitgehend damit, private Hilfsorganisationen dazu aufzurufen, hungrigen Kindern Essen in die Schulen zu bringen.⁴ Erst unter der derzeitigen Erziehungsministerin, Yuli Tamir, konnte ein auf Grund seiner langwierigen und ineffektiven Verwaltungsstrukturen kritisiertes Gesetz verabschiedet werden, das gewährleisten soll, dass Kinder an öffentlichen Grundschulen ein warmes Mittagessen erhalten können.⁵ Das gesetzlich festgelegte **Prinzip der kostenlosen Schulbildung** besteht schon seit langer Zeit nur noch auf dem Papier. Im allgemeinen werden Fahrtkosten im besten Fall nur subventioniert. Die Eltern müssen die Schulbücher (und natürlich auch Hefte, Stifte, Taschen und andere Utensilien) kaufen

und alle "Extras" (wie zum Beispiel besondere Projekte und Schulexkursionen) bezahlen. Während im Lehrplan in den letzten Jahren immer mehr Schulstunden gestrichen wurden, bieten Schulen zusätzliche Fächer in Privatformat an, d.h. die Eltern der Kinder, die einen solchen Unterricht erhalten, müssen die Kosten dafür tragen. Es besteht keine Teilnahmepflicht, aber es bedeutet, dass Kinder, deren Eltern dies zahlen können, im Gegensatz zu anderen Mitschülern dieses Angebot nicht nutzen können. Darüberhinaus wurde **privater Nachhilfeunterricht** immer mehr ein notwendiger Bestandteil einer erfolgreichen Schulbildung, was den zu grossen Klassen und zum Teil der mangelhaften Lehrerqualifikation zugeschrieben wird. Angesichts der sehr grossen sozialen Unterschiede in der Bevölkerung (die soziale Schere klafft immer weiter auseinander) bedeuten die hohen Kosten der Schulausbildung nicht nur eine besondere Härte für die einkommensschwachen Schichten, sondern sie unterminieren auch deren Zukunftschancen.

Das fehlende staatliche Engagement im Bildungsbereich spiegelt sich auch in dem Mitte September 2007 veröffentlichten Bericht der OECD (Organization for Economic Cooperation and Development), der 34 Länder umfasst, wider.⁶ Die **Schwächen des israelischen Bildungssystems** zeigen sich deutlich im internationalen Vergleich für das Jahr 2005:

Überfüllte Klassen: in israelischen Grundschulen befinden sich durchschnittlich 26,6 Kinder in einer Klasse, während der OECD Durchschnitt bei 21,7 liegt. Nur in der Türkei, Japan, Chile und Südkorea sind die Klassen noch grösser als in Israel. In den Mittelschulen ("junior high schools") ist die Situation noch schlechter. In Israel sind dort durchschnittlich 31,7 SchülerInnen in einer Klasse, während der OECD Durchschnitt bei 21,7 SchülerInnen liegt. Das Schüler-Lehrer-Verhältnis in Israel entspricht weitgehend dem OECD Durchschnitt (17:1), lediglich in den Kindergärten ist es wesentlich besser.

Geringe Mittel: Im internationalen Vergleich steht Israel lediglich auf 23. Stelle in bezug auf die für die Schulbildung zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, und die pro Kind aufgewendeten öffentlichen Mittel liegen unter dem OECD Durchschnitt. Trotz des Trends die Unterrichtsstunden in Israel zu reduzieren, erhalten SchülerInnen zwischen dem 7. und 14. Lebensjahr 7800 Unterrichtsstunden. In dieser Hinsicht nimmt Israel den 5. Platz in dem OECD Bericht ein.⁷ Allerdings entfallen nur 11 Prozent der Unterrichtsstunden der 9-11-Jährigen in Israel auf Lesen und Schreiben, während es im OECD Durchschnitt 23 Prozent sind. Dagegen liegt das Stundenangebot für Mathematik,⁸ Fremdsprachen und Religion in Israel über dem OECD Durchschnitt.

Lehrergehälter: Der internationale Vergleich der Jahresgehälter für LehrerInnen (in der höchsten Einkommensstufe, mit 15 Jahren Berufserfahrung) zeigt, dass an israelischen Grundschulen ein solches Bruttojahresgehalt 25131 US\$ (ca. 18000 Euro) beträgt, während der OECD Durchschnitt bei US\$ 45666 (ca. 32000 Euro) liegt.

Der für den OECD Bericht verwendete Richtwert der obersten Einkommensstufe, bei dem das hiesige Lehrergehalt ungefähr dem allgemeinen Durchschnittseinkommen entspricht,⁹ verdeckt einen nicht unwesentlichen Teil des Problems: viele LehrerInnen gehören nicht

einmal zu dieser Kategorie. So kann das **monatliche Grundgehalt für Anfänger** lediglich 2801 NIS (ca. 490 Euro) betragen. Nach Angaben des Erziehungsministeriums erhalten 9000 der 95000 LehrerInnen, die an öffentlichen Schulen arbeiten, einen Sozialzuschuss, weil sie weniger als den gesetzlich festgelegten Mindestlohn von 3585 NIS (ca. 630 Euro) verdienen.¹⁰ Nach Angaben der Gewerkschaft der LehrerInnen an weiterführenden Schulen, deren Mitglieder derzeit streiken, beträgt das monatliche Bruttogehalt ihrer Mitglieder im Durchschnitt 6000 NIS (ca. 1050 Euro). D.h., dass selbst erfahrene LehrerInnen bei voller Anstellung meist nicht mehr als 4800 NIS (knapp 800 Euro) mit nach Hause nehmen.¹¹ Die schlechte Bezahlung macht den Beruf unattraktiv, wenn nicht gar (aus praktischen Überlebensgründen) unmöglich, es sei denn als Zweiteinkommen. Es ist mithin ganz überwiegend ein **“Frauenberuf,”** wobei der Kausalzusammenhang durchaus auch umgekehrt verlaufen kann. So stellt der ehemalige Erziehungsminister Yossi Sarid fest, dass die Bezahlung so schlecht sei, weil *“es sich nur um Frauen handelt.”*¹²

Die schlechte Bezahlung hat schwerwiegende Folgen, die sich allerdings kaum messen lassen. So besteht schon seit geraumer Zeit allgemeiner Konsens darüber, dass die Kinder und Jugendlichen in den Schulen viel zu wenig lernen. In wie weit dies auch eine Folge der schlechten Bezahlung der LehrerInnen ist, oder (lediglich) deren mangelhaften Qualifikation, ist umstritten. Die Frage der Qualifikation ist schwer einzuschätzen und besonders komplex. Angesichts der schlechten Bezahlung ist es wahrscheinlich, dass nicht wenige LehrerInnen diesen Beruf ausüben, weil sie sich für keine einträglichere Beschäftigungsalternative qualifizieren. Dies legt die Vermutung nahe, dass es sich oft um weniger qualifizierte Personen handelt. Wie das Schüler-Lehrer-Verhältnis zeigt, gibt es formell keinen Lehrermangel in Israel. Das spricht dafür, dass man/frau auch bei den Einstellungen nicht besonders wählerisch ist. Obwohl keine offiziellen Daten vorliegen, leuchtet ein, dass wer billig einkauft, keine besondere Qualitätsware erwarten kann. Oder wie der Hauptslogan des gegenwärtigen Lehrerstreiks lautet: *“Eine billige Bildung kommt teuer zu stehen.”* Da diese Situation schon seit vielen Jahren besteht, sind einfache Lösungsansätze, insbesondere solche die primär auf formelle Kriterien abstellen, unzulänglich. Es ist durchaus denkbar, dass Personen, die am Anfang ihrer Lehrtätigkeit wenig qualifiziert waren, sich im Laufe der Jahre zu sehr guten LehrerInnen entwickelt haben, - mit unter viel besseren als solche, die formell sehr viel höher qualifiziert sind. Obwohl die Qualifikation in allen Reform- und Gehaltsdebatten ein zentrales Thema ist, fehlt bisher ein effektiver Lösungsvorschlag.

Im Oktober 2003 nahm die **“Dovrat”-Kommission**, die ein umfassendes Reformprogramm ausarbeiten sollte, ihre Arbeit auf und legte 15 Monate später ihren Bericht vor. Das Reformprogramm sah eine Verbesserung der Gehälter vor, allerdings in gestaffelter Form und nicht für alle. So sollten zunächst einmal nicht hinreichend qualifizierte LehrerInnen (ca. 10-15000) entlassen werden. Darüberhinaus sollten die Schulen und die LehrerInnen für die Leistungen ihrer SchülerInnen verantwortlich gemacht werden. Schulen sollten Jahresberichte und –bilanzen ihrer Erfolge veröffentlichen; und SchuldirektorInnen sollten LehrerInnen je nach ihren Leistungen entlassen oder befördern. Obwohl der Bericht von den Lehrerorganisationen und in der Öffentlichkeit scharf kritisiert wurde, nahm die damalige Sharon Regierung das

Reformprogramm an und begann die Umsetzung in einem Versuchsrahmen einiger Schulen. Unter der Olmert Regierung und der derzeitigen Erziehungsministerin Tamir wird der Dovrat Plan nicht weiter verfolgt. Regierungskritische Kreise meinen, dass dies der Tatsache zuzuschreiben sei, dass es sich dabei um das Programm ihrer Vorgänger handelt.¹³ Aber es ist eher wahrscheinlich, dass die Durchführung durch die scharfe öffentliche Kritik ins Stocken geriet und dann von den weiteren Ereignissen überrollt wurde.

Nach intensiven Gehaltsverhandlungen mit den GrundschullehrerInnen im Frühjahr 2007¹⁴ kam es zu einer Einigung, die eine gestaffelte Erhöhung von 26 Prozent vorsieht. Als "Gegenleistung" akzeptierten die LehrerInnen eine Erhöhung der Anzahl ihrer Unterrichtsstunden. Ob und in wie weit dies die Situation verbessert, lässt sich noch nicht absehen, da die neue Regelung in diesem Jahr nur an 300 Schulen zur Anwendung kommt.¹⁵ Es ist allerdings offensichtlich, dass das **Abkommen mit den GrundschullehrerInnen** die Verhandlungsposition der LehrerInnen an den fortführenden Schulen geschwächt hat. Dies zeigt sich in der relativen Ineffektivität ihres langen Streiks und in den festgefahrenen Verhandlungen, die sich immer um die selben Punkte drehen.

Die LehrerInnen haben **vier Hauptforderungen**: eine allgemeine Gehaltserhöhung von 8,5 Prozent; keine zusätzlichen Arbeitsstunden, oder – falls dies nicht möglich ist – sollen die zusätzlichen Stunden nicht in Unterrichtsstunden zu leisten sein; eine Reduktion der Schülerzahlen in den Klassen von maximal 40 auf 35 (vorzugsweise: 30) SchülerInnen; und die Wiedereinführung der Unterrichtsstunden, die in den Lehrplänen in den letzten 5 Jahren gestrichen wurden.¹⁶

Das **Erziehungsministerium** (im Einvernehmen mit dem Finanzministerium) ist nicht an einer allgemeinen substantiellen Gehaltserhöhung interessiert. Und falls mehr Gehalt gezahlt werden muss, fordert es als Gegenleistung, dass die LehrerInnen zusätzliche Stunden unterrichten. Auch aus Haushaltsgründen wird argumentiert, dass es nicht möglich ist, sowohl die gestrichenen Wochenstunden in den Lehrplan wieder aufzunehmen als auch die Schülerzahlen in den Klassen zu senken. Darüberhinaus können nach Ansicht der Erziehungs- und Finanzministerien die Wochenstunden im Lehrplan und die Anzahl der SchülerInnen in den Klassen nicht Gegenstand eines Gehaltsabkommens sein.

Die LehrerInnen haben **sehr wenig Spielraum für einen Kompromiss**. Da ihnen die schlechten Leistungen ihrer SchülerInnen zugeschrieben werden, haben sie ein zentrales Interesse daran, die Unterrichtsbedingungen sowie die Schülerbetreuung zu verbessern. Darüber hinaus bedeutet die Koppelung der Gehaltserhöhung an eine Erhöhung der Anzahl der Stunden, die sie unterrichten müssen, dass sich ihr "Stundenlohn" nicht verbessert. Gleichzeitig schränkt dies die Möglichkeiten eventueller Zusatzarbeiten ein. Zum Beispiel ist es recht weit verbreitet, dass LehrerInnen privaten Nachhilfeunterricht geben. Angesichts der schlechten Lernbedingungen in den Schulen gibt es einen relativ **grossen Markt für private Nachhilfestunden**. Wie viele LehrerInnen diese Art von Unterricht geben, lässt sich kaum ermitteln, da der Anteil der nicht-steuerlich gemeldeten Zusatzeinkommen gross sein dürfte. Auf jeden Fall werden private Nachhilfestunden in

der Regel besser bezahlt als offizielle Unterrichtsstunden. Die von den Ministerien angestrebte Regelung könnte somit trotz der Gehaltserhöhung die Einkommenslage verschlechtern; darüberhinaus hat sie gewiss zur Folge, dass weniger Zeit für die Vor- und Nachbereitung der Unterrichtsstunden zur Verfügung steht. Ob und in wie weit die LehrerInnen ihre Forderungen durchsetzen können, ist noch unklar. Von Regierungsseite scheint man/frau weiterhin darauf zu setzen, die LehrerInnen "aushungern" zu können. Bisher gibt es wenig Grund zur Hoffnung, dass wirkliche Schritte zur Verbesserung des Schulsystems unternommen werden.

Trotz der fehlenden Fortschritte in den Verhandlungen wurde dem Lehrerstreik recht viel Aufmerksamkeit in den Medien zuteil. Im Vergleich dazu fand ein zweiter relativ grosser Streik, nämlich der der **HochschullehrerInnen** weit weniger Beachtung. Seit dem Anfang des Wintersemesters (22. Oktober 2007) streiken die HochschullehrerInnen an allen Universitäten. Auch hier steht eine Gehaltserhöhung im Vordergrund, allerdings ist die Ausgangslage eine andere. Nach verschiedenen Streikaktionen konnten die HochschullehrerInnen 1997 ein für sie günstiges Gehaltabkommen erzielen. Seitdem haben sich die Gehälter allerdings nicht verbessert, während es für andere Berufsgruppen im öffentlichen Dienst feste Regelungen für Gehaltssteigerungen gibt. Die HochschullehrerInnen haben in der Vergangenheit wiederholt gefordert, dass eine vergleichbare Regelung für ihre Gehälter zur Anwendung kommt. Im jetzigen Streik wird diese Forderung wieder gestellt sowie eine Gehaltserhöhung von 35 Prozent zum Ausgleich der Einbusen der letzten 10 Jahre gefordert.¹⁷

Der Streik der HochschullehrerInnen scheint **noch weniger effektiv zu sein als der Lehrerstreik**. Angesichts der grossen sozialen Probleme ist es schwierig, eine breite öffentliche Unterstützung für die Gehaltsforderungen einer Berufsgruppe zu mobilisieren, deren Gehälter auch gegenwärtig über dem allgemeinen Durchschnittseinkommen liegen. Darüberhinaus sind die HochschullehrerInnen nicht in der Lage, den Hochschulunterricht ganz lahm zu legen. Seit Jahren wächst an den Universitäten der Anteil der Kurse, die von Lehrbeauftragten und studentischen Hilfskräften erteilt werden. An der Haifa Universität betrifft dies zum Beispiel ca. ein Drittel aller Kurse, während es an der Tel Aviv Universität fast die Hälfte sind. Die Hochschulen (colleges) unterrichten fast ausschliesslich auf der Grundlage von Lehraufträgen. Ganz offensichtlich haben die HochschullehrerInnen es versäumt, die anderen Lehrkräfte im Universitäts- und Hochschulbereich in ihre Strategie einzubeziehen.¹⁸

Angesichts dieser Situation kann der Streik von der Regierungsseite noch gelassener angegangen werden, als im Fall der LehrerInnen. Es wird so gut wie nicht verhandelt. Der Effekt wird nun durch **Drohungen** verstärkt: die Gehälter sollen nur zur Hälfte gezahlt und das Semester gestrichen werden. Die unmittelbaren Leidtragenden sind primär die StudentInnen. Sie zahlen relative hohe Studiengebühren: 8500 NIS pro Jahr (ca. 1500 Euro), die aufgrund der Empfehlungen des "Shochat"-Komitees auf 14000 NIS (ca. 2500 Euro) angehoben werden sollen.¹⁹ Nicht gehaltene Kurse und ein "gestrichenes" Semester bedeuten längere Studienzeiten und damit weitere Kosten. Die StudentInnen versuchen sich, durch einen Zahlungsboykott der Studiengebühren zu wehren. Dies ist allerdings eine recht unzulängliche Waffe, da u.a. der Bibliothekszugang

und die Zulassung zu den Prüfungen der Kurse, die trotz des Streiks stattfinden, von der Bezahlung der Studiengebühren abhängt.

*Ursula Wokoeck
November 2007*

¹ Ruth Sinai, "Government report: 1.65 million Israelis living below poverty line," *Ha'aretz*, 18. Nov. 2007.

² Diese Schulen werden zum Teil durch staatliche Gelder finanziert, die die religiösen Parteien im Rahmen von Koalitionsabkommen der Regierung erhalten.

³ Netty C. Gross, "Interview with Yossi Sarid: 'Olmert has zero interest in education'," *The Jerusalem Report*, November 26, 2007.

⁴ Relly Sa'ar, "Livnat turns to volunteer groups to get food for hungry schoolkids," *Ha'aretz*, 7 Oct. 2002.

⁵ Yulie Khromchenko, "Hot school lunches back on menu after MKs okay compromise bill," *Haaretz*, 19. Oct. 2006.

⁶ Tamara Traubmann and Or Kashti, "School blues," *Ha'aretz*, 20. Sept. 2007.

⁷ Allerdings bedeuten mehr Stunden nicht notwendigerweise bessere Leistungen. Finnland kann sehr hohe schulische Erfolge vorweisen, während die Anzahl der Unterrichtsstunden (5500) ausgesprochen gering ist (*ibid.*).

⁸ Auch dies garantiert nicht unbedingt Erfolg. So erlangt das israelische Team beim internationalen Jugend Mathematik Wettbewerb lediglich den 50. Platz (von 90 TeilnehmerInnen). <http://www.imo-official.org/results.aspx>

⁹ Das in der letzten Zeit etwas gestiegene Durchschnittseinkommen liegt nach im November 2007 veröffentlichten Angaben bei 7922 NIS (ca. 1390 Euro).

¹⁰ Or Kashti, "Teachers Union: Teachers' average gross pay lowest in public sector," *Ha'aretz*, 27. Feb. 2007.

¹¹ *Ibid.*

¹² Gross, "Interview with Yossi Sarid."

¹³ Amotz Asa-El, "Middle East: Don't pity the striking teachers," *Jerusalem Post – Online edition*, 1. Nov. 2007.

¹⁴ Kashti, "Teachers Union".

¹⁵ Traubmann and Kashti, "School blues."

¹⁶ Ein von den streikenden LehrerInnen organisiertes on-line Informationsbulletin befindet sich unter <http://groups.yahoo.com/group/israelschoolstrike>

¹⁷ Anar Shalev, "Do you have change for 15 billion shekels?," *Ha'aretz*, 17. Nov. 2007.

¹⁸ Tamara Traubmann, "University strike enters 3rd day as senior faculty reject mediation," *Ha'aretz*, 23. Oct. 2007.

¹⁹ Traubmann and Kashti, "School blues."